

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
<b>Band:</b>	46 (1966-1967)
<b>Heft:</b>	3
<b>Artikel:</b>	Die schweizerischen Rüstungsanstrengungen verglichen mit denjenigen andere Länder
<b>Autor:</b>	Wille, Fritz
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-161866">https://doi.org/10.5169/seals-161866</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die schweizerischen Rüstungsanstrengungen verglichen mit denjenigen anderer Länder

FRITZ WILLE

Ein Staat unterhält Streitkräfte, um die von ihm gewählte Außenpolitik gegen Mächte durchsetzen zu können, die die Politik mit Gewalt durchkreuzen möchten. Die Handlungsfreiheit im Rahmen der einmal gewählten Außenpolitik ist um so größer, je nachdrücklicher die Streitkräfte diese Politik unterstützen können. Die Selbständigkeit eines Staates hängt in starkem Maße von dessen Möglichkeit ab, einer allfälligen Bedrohung ohne Hilfe Dritter zu begegnen. Jeder Staat hat deshalb ein unmittelbares Interesse an einer möglichst starken Rüstung. Die militärische Macht kann aber nicht unbeschränkt ausgedehnt werden. Solange keine unmittelbare Bedrohung besteht, müssen die Rüstungsausgaben in einem gesunden Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes stehen. Eine überspannte Rüstung kann zur Folge haben, daß sich ein Land damit wirtschaftlich zu Grunde richtet und dadurch in Abhängigkeit von andern Mächten gerät, ohne daß je zu den Waffen gegriffen wird. So gefährdet eine übermäßige Rüstung die Selbständigkeit der Außenpolitik ebensosehr wie eine ungenügende Rüstung.

Außenpolitik, Rüstung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stehen in direkter Abhängigkeit zueinander. Die außenpolitische Zielsetzung hängt weitgehend vom Grad der durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bestimmten Rüstung ab. Der Rüstungswettlauf wird dadurch gekennzeichnet. So suchen einzelne Mächte allein durch ihre Rüstungsanstrengungen andere Mächte in ihrer Handlungsfreiheit zu beschränken, indem sie sie vor die Alternative stellen, sich entweder durch eine übermäßige Rüstung wirtschaftlich zu Grunde zu richten oder durch eine bescheidenere außenpolitische Zielsetzung das Gleichgewicht zwischen Rüstung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Es ist Aufgabe der politischen Organe des Staates, die außenpolitische Haltung zu bestimmen und festzusetzen, welche Aufwendungen für die Rüstung gemacht werden können. Die außenpolitischen Ziele bestimmen die Auftragserteilung an die Armee. Die militärische Führung muß festlegen, welche Mittel sie nötig hat, um diesen Auftrag zu erfüllen. Übersteigen diese Mittel die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, so können die politischen Organe die

Rüstungsausgaben nicht herabsetzen, ohne in Betracht zu ziehen, wie weit dadurch eine Einschränkung der außenpolitischen Ziele notwendig werden kann.

Die durch das moderne Leben immer zunehmenden allgemeinen Staatsausgaben und die durch den Rüstungswettlauf immer höheren militärischen Ausgaben haben in vielen Ländern dieses Problem in größerem oder kleinerem Maße in jüngster Zeit neu gestellt. Die USA, Rußland, Schweden, die Bundesrepublik Deutschland, um nur einige zu nennen, haben sich gezwungen gesehen, ihre Rüstungsausgaben herabzusetzen. In der Schweiz wurden in der vergangenen Dezemberession am Budget des Militärdepartementes erhebliche Kürzungen vorgenommen. Wenn auch nicht ohne emotionale Ausbrüche diskutiert wurde, so stand doch die Debatte eindeutig unter der Sorge, welche Rüstungsausgaben tragbar seien, ohne die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes zu gefährden.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen dazu beitragen, eine Antwort auf die Frage zu finden, wo die Grenze der noch tragbaren Rüstungslasten liege. Das «Strategische Institut» in London, das von keiner offiziellen Stelle abhängig ist, hat im Laufe der letzten Jahre schon mehrmals sehr gut belegte Studien veröffentlicht. Die im Dezember letzten Jahres erschienene Veröffentlichung «The Military Balance 1965—1966» enthält zahlreiche statistische Angaben, die den nachfolgenden Vergleichen zu Grunde gelegt wurden<sup>1</sup>. Aus andern Quellen konnte ich feststellen, daß die genannte Schrift auf sehr sorgfältig zusammengestellten Angaben beruht. Für meine Vergleiche habe ich 37 Staaten herangezogen; es handelt sich um die NATO-, CEATO-, CENTO- und Warschauerpaktmitglieder, um Japan und Südkorea, die zweiseitige Schutzbündnisse mit den USA geschlossen haben, und schließlich um 8 blockfreie Staaten, nämlich Indien, Indonesien, Israel, Jugoslawien, Spanien, Schweden, die Schweiz und die Vereinigte Arabische Republik.

#### *Vergleiche der relativen Größe der durch die einzelnen Mächte ständig unterhaltenen Armeen*

Unter der relativen Größe der ständig unterhaltenen Armeen verstehe ich die Zahl der in den Streitkräften eingegliederten Leute, bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Dabei wurden aber nur jene Leute berücksichtigt, für die schon in Friedenszeiten die Ausrüstung vorhanden ist. Nicht berücksichtigt wurden ausgebildete Mannschaftsreserven, welche zur Ergänzung von Ausfällen gedacht sind oder für welche die Ausrüstung erst bei unmittelbarer Kriegsdrohung beschafft wird.

Die Schweiz steht bei diesem Vergleich (Kolonne 2 der Tabelle) an vornderster Stelle. Nur Israel und Schweden unterhalten Streitkräfte im gleichen

Umfang. Alle übrigen Länder unterhalten relativ viel kleinere Armeen. In diesem Vergleich erklärt sich die Stellung der Schweiz von selbst. Die Neutralitätspolitik eines Landes ist für die andern Mächte nur dann glaubwürdig, wenn dieser aus eigener Kraft Nachdruck verliehen werden kann. Der gute Wille der kriegsführenden Mächte, die Neutralität zu respektieren, besteht nur so lange, als sie nicht befürchten müssen, daß ihnen der Gegner mit dem Neutralitätsbruch zuvorkommen könnte. Dafür aber braucht es eine Armee, die groß und stark genug ist, um einer größeren Macht die Waage halten zu können. Ähnliche Einflüsse bestimmen die Stellung Schwedens und Israels. Auch Jugoslawiens Mittelstellung in diesem Vergleich lässt sich auf ähnliche Weise erklären. Mittlere und kleinere Länder, die ihre Wehrkraft nicht so stark beanspruchen können oder wollen, müssen zwangsläufig Anlehnung an die großen Mächte suchen, indem sie sich in Militärbündnissen zusammenschließen. Armeen, die die gesamte Wehrkraft des Landes beanspruchen, sind notwendigerweise nur beschränkt verwendbar. Sie können nicht für längere Zeit außerhalb des eigenen Territoriums verwendet werden. Sie sind im eigentlichen Sinne des Wortes ein «Landsturm», der kurzfristig in Zeiten großer Not in vollem Umfang unter die Fahnen treten kann. Trotz ihrer relativen Größe können solche Armeen für einen Dritten nicht eine Bedrohung darstellen, da sie untauglich sind, eine aggressive Politik zu unterstützen. Großmächte mit weltweiten Verpflichtungen und Interessen können nur relativ kleine Armeen einsetzen. Sie müssen in Kriegszeiten ihre Truppen weit von der Heimat kämpfen lassen und gleichzeitig im eigenen Land die wirtschaftliche Produktion steigern, um so auch über Jahre hinaus Krieg führen zu können.

### *Der Vergleich der Rüstungsaufwendungen*

#### *Rüstungsausgaben bezogen auf das Netto-Sozialprodukt*

Die Rüstungsaufwendungen müssen je nach der Frage, die beantwortet werden soll, in verschiedenen Richtungen miteinander verglichen werden. Wollen wir wissen, wie stark die Rüstungsausgaben die gesamte Wirtschaft eines Landes

---

#### *Zu nebenstehender Tabelle*

Die Kolonnen 2, 6 und 7 beziehen sich auf den Stand Ende 1965.

Die Kolonne 3 bezieht sich auf das Jahr 1964 (für 1965 sind die Unterlagen nicht vollständig).

Die Kolonnen 4 und 5 beruhen auf den Budgeteingaben für das Jahr 1966. In bezug auf die genehmigten Budgets können sich kleine Verschiebungen ergeben.

Die Kolonnen 6 und 7 beruhen auf Schätzungen.

In Klammern ist in jeder Kolonne die Reihenfolge nach Größe angegeben.

*Vergleich der Rüstungsanstrengungen*

Land	Relative Größe der Armee in Prozent der Bevölkerung	Rüstungsausgaben			Anzahl der Armeeangehörigen auf je	
		bezogen auf das Sozialprodukt	pro Einwohner	pro Armeeangehöriger	1 Flugzeug	1 Panzer
		%	\$	\$	6	7
1	2	3	4	5	6	7
Belgien	1,1 (17)	3,2 (25)	55 (13)	4860 (11)		
Bundesrepublik	0,7 (25)	5,0 (11)	78 ( 8)	9981 ( 6)		
Canada	0,6 (29)	3,7 (18)	78 ( 8)	11983 ( 4)		
Dänemark	1,5 (11)	2,9 (27)	51 (14)	4686 (12)		
Frankreich	1,1 (17)	5,1 (10)	92 ( 6)	8015 ( 9)		
Griechenland	1,9 ( 7)	3,9 (15)	21 (22)	1131 (28)		
Großbritannien	0,8 (27)	6,7 ( 4)	169 ( 4)	13494 ( 2)		
Italien	0,9 (24)	3,3 (23)	39 (17)	4220 (13)		
Luxemburg	1,7 ( 9)	1,3 (35)	18 (23)	1051 (30)		
Niederlande	1,1 (17)	4,4 (13)	62 (12)	5555 (10)		
Norwegen	0,8 (25)	3,6 (19)	81 ( 7)	9559 ( 7)		
Portugal	1,6 (10)	6,2 ( 5)	22 (21)	1385 (25)		
Türkei	1,4 (14)	3,5 (20)	13 (27)	903 (32)		
USA	1,5 (11)	8,9 ( 2)	269 ( 1)	17400 ( 1)		
Bulgarien	2,0 ( 6)	2,4 (33)	14 (26)	698 (34)	418	
DDR	1,1 (17)	2,5 (30)	39 (17)	3654 (15)	455	115
Polen	1,0 (21)	3,5 (20)	32 (19)	3037 (16)	320	110
Rumänien	1,3 (16)	2,7 (29)	13 (27)	953 (32)	860	110
Rußland	1,5 (11)	5,7 ( 8)	175 ( 2)	11834 ( 5)	322	90
Tschechoslowakei	1,9 ( 7)	3,9 (15)	51 (14)	2648 (17)	385	90
Ungarn	1,4 (14)	2,8 (28)	25 (20)	1708 (21)	960	150
Australien	0,6 (29)	3,4 (22)	78 ( 8)	12481 ( 3)		
Neuseeland	0,5 (31)	2,0 (35)	45 (16)	8913 ( 8)		
Pakistan	0,3 (34)	3,2 (25)	3 (35)	1389 (24)		
Philippinen	0,1 (37)	1,8 (35)	2 (37)	1972 (20)	260	
Thailand	0,5 (31)	2,5 (30)	3 (35)	505 (35)	550	
Indien	0,2 (35)	4,7 (12)	4 (34)	2417 (18)		
Indonesien	0,4 (33)	3,9 (15)	10 (30)	2378 (19)	700	
Iran	0,8 (25)	4,1 (14)	10 (30)	1208 (27)	1585	
Israel	10,0 ( 1)	10,7 ( 1)	108 ( 5)	1084 (29)	550	400
Japan	0,2 (35)	1,1 (37)	10 (30)	3804 (14)	500	
Jugoslawien	3,6 ( 4)	6,0 ( 6)	16 (24)	426 (36)	1100	
Schweden	8,4 ( 3)	5,2 ( 9)	112 ( 3)	1331 (26)	730	
Schweiz	10,0 ( 1)	2,5 (30)	70 (11)	745 (33)	1375	685
Spanien	1,0 (21)	3,3 (23)	11 (29)	1006 (31)		
Südkorea	2,1 ( 5)	5,9 ( 7)	6 (33)	303 (37)		
VAR	1,2 (21)	8,6 ( 3)	15 (25)	1456 (22)	600	250

belastet, so wird der prozentuale Anteil der Rüstungsausgaben bezogen auf das Brutto-Sozialprodukt als Vergleichsmaßstab genommen. Dieser Vergleich hilft auch die Frage zu beantworten, ob es für ein bestimmtes Land noch tragbar ist, nötigenfalls die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Aber auch hier kann nicht eine feststehende Größe als für alle Länder gültig bezeichnet werden. Die Kolonne 3 zeigt uns, daß hochindustrialisierte Länder einen höheren Anteil am Sozialprodukt für ihre Rüstung aufwenden. Wir können daraus den Schluß ziehen, daß die Grenze der tragbaren Rüstungsaufwendungen, gemessen am Brutto-Sozialprodukt bei Entwicklungsländern, wesentlich tiefer liegt, als bei solchen mit einer weit fortgeschrittenen Industrialisierung. Diese einleuchtende Grundregel wird aber von vielen Ländern nach oben oder nach unten durchbrochen. So legen die VAR, Portugal, Jugoslawien, Südkorea und Indien, trotz einer schwach entwickelten Wirtschaft, einen hohen Anteil ihres Sozialproduktes für die Rüstung aus. Dies erklärt sich aus der außenpolitischen Lage oder dem politischen Geltungsbedürfnis dieser Länder. Man kann sich aber mit Recht fragen, ob sie diese Anstrengung auf die Dauer aufrechterhalten können, ohne sich durch ihre Außenpolitik innerlich zu Grunde zu richten.

Die Großmächte sind ebenfalls gezwungen, hohe Rüstungsausgaben zu tragen, um damit ihre Handlungsfreiheit zu garantieren. Sie verfügen aber auch über ausgedehnte wirtschaftliche Grundlagen, die diese Anstrengung als tragbar erscheinen lassen. Ähnliches gilt für die mittleren Mächte, die sich zwar einem Militärblock angeschlossen haben, sich aber innerhalb des Blockes ein gewichtiges Mitspracherecht sichern wollen.

Schließlich wirkt sich auch die Notwendigkeit, Seestreitkräfte zu unterhalten, belastend für die Rüstung aus. So haben Länder mit relativ sehr kleinen Streitkräften wie Australien und Canada relativ hohe Rüstungsausgaben.

Israel und Schweden wenden aus den gleichen Gründen, die wir beim Vergleich der relativen Größe der Armeen aufgezählt haben, auch einen großen Anteil ihres Sozialproduktes für die Rüstung auf. Ähnliches sollten wir bei der Schweiz vermuten. Dies trifft nun in ausgesprochenem Maße nicht zu. Eine Ursache hierfür mag im schweizerischen Milizsystem liegen. Die Personalausgaben einer Milizarmee nehmen einen wesentlich kleineren Betrag der Wehraufwendungen in Anspruch als bei stehenden Heeren. Dies wirkt sich zu Gunsten der materiellen Ausgaben aus.

#### *Die materielle Stärke der Rüstung*

Die beiden eben erwähnten Vergleiche sagen noch wenig über die effektive Stärke der Armeen aus. Im Zeitalter der technischen Kriegsführung hängt die Stärke der Armeen nur beschränkt von der Zahl der Kämpfer ab. Bestimmend sind vor allem die Kampfmittel, mit denen die Armeen ausgerüstet sind. Diese

materielle Stärke aber mißt sich an absoluten Größen. Wir haben zunächst die Wehraufwendungen in Dollars, bezogen einerseits auf den einzelnen Einwohner des Landes und anderseits auf den in der Armee eingegliederten Kämpfer, miteinander verglichen.

Der Vergleich der Rüstungsausgaben pro Einwohner (Kolonne 4) zeigt deutlich, daß Länder mit schwach entwickelter Wirtschaft nur schwache Armeen unterhalten können, obwohl sie zum Teil einen erheblichen Anteil des Sozialproduktes für die Rüstung einsetzen. Das erklärt uns auch, weshalb diese Länder, trotz einer großen Bevölkerungsreserve, nur relativ kleine Armeen unterhalten.

Die Schweiz rückt bei diesem Vergleich an die 11. Stelle. Trotz einer sehr schwachen Beanspruchung der Gesamtwirtschaft kann sie sich, in absoluten Zahlen gemessen, eine verhältnismäßig starke Rüstung leisten.

Bezogen auf den einzelnen Soldaten zeigt der Vergleich der Rüstungsausgaben im wesentlichen das gleiche Bild (Kolonne 5). Die Stellung der einzelnen Länder in beiden Vergleichen ist nur wenig verschoben. Einzig Israel, Schweden und die Schweiz bilden bei dieser Gegenüberstellung auffallende Ausnahmen. Alle drei Länder geben pro Einwohner eine hohe Summe für die Rüstung aus; die Rüstungskosten für den einzelnen Soldaten sind anderseits sehr gering. Dies erklärt sich von selbst durch die relativ außerordentlich großen Armeen, die von diesen Ländern unterhalten werden. Sie ist auch gerechtfertigt, wenn wir an die oben erwähnte besondere Bestimmung dieser Armeen denken. In einem Kriegsfall sind die territorialen Aufgaben dieser Armeen sehr groß. In andern Ländern werden dagegen die Territorial-Streitkräfte erst bei erhöhter Gefahr aus ausgebildeten Reserven — die wir in diesen Vergleichen nicht berücksichtigt haben — gebildet.

Ein letzter Vergleich (Kolonnen 6 und 7) soll die materielle Rüstungsstärke veranschaulichen. Es handelt sich um die Zahl der Soldaten, auf die je ein Flugzeug und auf die je ein Kampfpanzer fällt. Der Vergleich beschränkt sich auf wenige Länder und ist unvollständig, da die notwendigen Angaben nicht für alle Vergleichsländer vorhanden waren.

Die Schweiz, Schweden und Israel nehmen aus den gleichen Gründen hier eine Sonderstellung ein, wie sie für die Rüstungsaufwendungen pro Kämpfer maßgebend sind. Aus diesem Grund erlaubt auch nur der Vergleich dieser Länder untereinander für die Schweiz maßgebende Schlüsse zu ziehen. Aber auch wenn wir den Vergleich auf diese Weise einschränken, so erkennen wir, daß die schweizerische Armee technisch am schwächsten gerüstet ist. Wir müssen dabei den topographischen Verhältnissen, in denen die drei Vergleichsarmeen zu kämpfen haben, Rechnung tragen. Es ist zuzugeben, daß unser Land den Einsatz von vermehrt infanteristischen Kräften bedingt. Der Vergleich zeigt auch deutlich, daß, trotz der vermehrten Mechanisierung der letzten Jahre, unsere Armee am ausgesprochensten den Charakter einer reinen

Infanteriearmee behalten hat. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß auch in unserem Gelände die Infanterie je länger je mehr ihre Wirkung nur dann voll entfalten kann, wenn sie die Unterstützung kräftiger Feuermittel genießt. In diesem Vergleich fällt vor allem die Schwäche unserer Fliegertruppe auf, obwohl gerade auf diesem Gebiet die Verhältnisse für alle drei Länder am meisten Ähnlichkeit haben.

### *Schlußfolgerungen*

Es ist sicher unrichtig, wenn behauptet wird, daß die Schweiz mit ihren Rüstungsausgaben an der Grenze des Tragbaren angelangt sei. Besondere Umstände haben uns zwar ermöglicht, bei sehr geringer Belastung der Wirtschaft eine relativ kräftige Rüstung zu unterhalten. Auch der Hinweis, daß die Schweiz durch zahlreiche andere öffentliche Aufgaben gezwungen sei, sich in der Rüstung mehr Beschränkung aufzuerlegen als andere, dürfte nur bedingt richtig sein; Länder mit wesentlich höheren Rüstungsanstrengungen stehen heute vor ähnlichen Problemen. Daß die 2,5—3% Anteil am Netto-Sozialprodukt eine äußerste Grenze darstellen, mag bei Entwicklungsländern zutreffen, nicht aber bei einem Land mit einer so hoch entwickelten Wirtschaft.

Der Vergleich zeigt, daß die materielle Rüstung der Schweiz im Verhältnis zu andern Ländern, die eine ähnliche Wehrpolitik verfolgen, schwach ist. Auch wenn wir die besonderen Gegebenheiten unseres Landes in Betracht ziehen, so droht die Gefahr, daß sich dieser Rückstand noch erhöhen wird. Der Nachholbedarf könnte eines Tages plötzlich sehr groß sein und vielleicht wird es dann zu spät sein, um Versäumtes nachzuholen.

Auch der Vorwurf gegen die für die Armeeleitung Verantwortlichen, daß sie blindlings Großmachtvorbilder nachahmen, dürfte entkräftigt sein. Die Schweiz nimmt im Vergleich zu andern Ländern eine betonte Sonderstellung ein. Ausrüstung und Organisation unserer Armee lassen sich nur mit denjenigen Ländern vergleichen, die vor ähnliche Verteidigungsprobleme gestellt sind. Selbst mit wesentlich mehr Flugzeugen und mechanisierten Kampfmitteln könnte man noch lange nicht sagen, daß wir eine Großmachtarmee im Taschenformat unterhalten. Die Neutralität verlangt personell und materiell eine relativ starke Armee. Solange wir an dieser Politik festhalten, müssen wir auch die Opfer dafür aufbringen. Eine Schwächung unserer Rüstung kann konsequenterweise nur der verlangen, der gewillt ist, eine außenpolitische Neuorientierung anzustreben.

<sup>1</sup>The Military Balance 1965—1966, The Institute of Strategic Studies, London 1965.